

A6 - Neu (Ä1-8) Migrationspolitik ganzheitlich denken: Integrationshemmnisse lösen und Gesellschaft stärken

Antragsteller*in: Mathias Schmitz (KV Pinneberg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Der Migrationsdruck im Nahen Osten ist eine fortlaufende und komplexe
2 Entwicklung, die sich nicht vollständig aufhalten lässt. Kriege, politische
3 Instabilität, wirtschaftliche Krisen sowie klimatische Veränderungen in der
4 Region treiben immer mehr Menschen dazu, ihre Heimatländer zu verlassen. Diese
5 Mischung aus politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren führt zu
6 einem immer höheren Migrationsdruck, der absehbar nicht nachlassen wird.

7 Die anhaltende Migration führt zu gesellschaftlichen Spannungen, die sich in
8 verschiedenen Bereichen bemerkbar machen. In Deutschland verstärken sich
9 politische Spaltungen, Polarisierungen und bewusst erzeugte Angst. Was früher
10 eine Debatte über humanitäre Verpflichtungen und Integration war, ist in weiten
11 Teilen zu einem harten, oft von Ängsten und Vorurteilen geprägten politischen
12 Schlagabtausch geworden. Dies führt zur gesellschaftlichen Wahrnehmung der
13 Überforderung des Systems, die nicht nur organisatorische, sondern auch soziale
14 Folgen hat.

15 Dabei zeigt die Migration am Ende nur die Probleme, die bereits in unserem
16 System bestehen. Sie werden nur durch den Druck der Migration wesentlich
17 sichtbar. Diese Probleme sind vielzählig, fassen auf Vernachlässigung,
18 mangelnde Finanzierung oder falscher politischer Steuerung in den vergangenen
19 Jahrzehnten. Für eine zielführende Lösung der aktuellen Herausforderungen gilt
20 es, die sichtbar gewordenen Probleme anzugehen, damit am Ende alle Menschen in
21 Deutschland profitieren. Damit stärken wir nicht nur die Integrationsfähigkeit
22 Deutschlands, sondern arbeiten zukunftsorientiert für unsere gesamte
23 Gesellschaft.

24 1. Mangelnder Wohnraum

25 Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist seit Jahren ein Problem. Studierende,
26 ältere Menschen und junge Familien - der Druck auf den Wohnungsmarkt ist seit
27 Jahren hoch. Gleichzeitig brauchen wir genau diesen Wohnraum, um Geflüchtete
28 dezentral unterzubringen und eine Perspektive zu geben. Größere Unterkünfte
29 führen zu gesellschaftlichen Spannungen und helfen vielmals nicht der
30 Integration. Zielsetzung unserer Politik muss es sein, mit bezahlbaren
31 Wohneinheiten in höheren und verdichteten Bauen im Zusammenspiel einer gut
32 zusammenarbeitende Sozial- und Stadtplanung den Herausforderungen
33 entgegenzutreten.

34
35 Schleswig-Holstein ist bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus sehr weit
36 vorn, das zeigt auch die starke Nachfrage der der Förderung durch Bauwirtschaft.
37 Allerdings können durch staatliche Förderungen allein die Preissteigerungen der
38 letzten Jahre im Wohnungsbau nicht aufgefangen werden.

39
40 Daher muss das Land gleichzeitig Standards für preisgedämpften Wohnraum setzen,
41 um ein weiteres Werkzeug für alle Kommunen in Schleswig-Holstein zu schaffen,

42 wie zum Beispiel mit dem kürzlich vorgestellten Regelstandard für vereinfachtes
43 Bauen.

44 2. Mangelnde Sprachförderung

45 Alle Menschen, die in Deutschland Fuß fassen, müssen Deutsch gut lernen können,
46 um sprachlich barrierefrei durch das Leben kommen. Dies ist ein wichtiger
47 Schritt in der Integrationsfähigkeit von Geflüchteten. Solange ein ausreichendes
48 Angebot fehlt, Wartezeiten zu lang sind, bürokratische Anforderungen an
49 bundesgeförderte Sprachangebote zu hoch, benötigen wir weiterhin ein ergänzendes
50 Sprachkursangebot des Landes. Wir müssen das Angebot zu den Menschen vor Ort
51 bekommen, um Angebote für alle zu schaffen und besonders Frauen in ihren
52 Sprachfertigkeiten weiterzubilden. Mit der Ausweitung der arbeitsmarktbezogenen
53 Sprachtrainings des Beratungsnetzwerks "Alle an Bord" wollen wir ein effektives,
54 niedrigschwelliges Angebot, das sich bereits bewährt hat, auf ganz Schleswig-
55 Holstein ausweiten."

56 3. Arbeitsmarkt

57 Migranten haben immer noch rechtliche Barrieren, die ihnen die Aufnahme einer
58 Erwerbstätigkeit zu lange untersagt und in Folge eine Einstellung nur unter zu
59 hohen bürokratischen Herausforderungen für Arbeitnehmende und Arbeitgebende
60 möglich ist. In einer Zeit, in der Arbeits- und Fachkräfte in unserer Wirtschaft
61 fehlen, ist dies nicht nur eine Fehlsteuerung im Bereich der Integration,
62 sondern auch in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

63 Als Partei setzen wir uns für einfache Wege ein, damit Migranten Arbeit
64 aufnehmen können: Bürokratiearm für Unternehmer:innen und ohne einen Wust an
65 Formularen für den Arbeitnehmenden. Dies hilft nicht nur bei der Sicherung
66 unserer Wirtschaftsfähigkeit, sondern mindert die Notwendigkeit an staatlichen
67 Zuschüssen und baut Sprachkenntnisse durch das gesellschaftliche Miteinander
68 aus.

69 4. Anerkennung beruflicher Qualifikationen

70 Für jeden Ausbildungsberuf brauchen wir einen modularen Qualifikationsrahmen,
71 sodass auch Teilqualifikationen besser anerkannt und auf dem Arbeitsmarkt
72 genutzt werden können. Innerhalb eines solchen Qualifikationsrahmens brauchen
73 wir Prüfungen, mit denen ermittelt wird, welche Qualifikationsmodule ein Mensch
74 beherrscht und welche Lücken bestehen, so dass hier gezielt nachqualifiziert
75 werden kann, um einen vollwertigen Berufsabschluss zu erreichen. Auch ohne
76 Nachqualifikation kann so ein offizielles Prüfungsergebnis klar aufzeigen, wo
77 die beruflichen Qualifikationen nachweislich vorhanden sind.
78 Nach Hamburger Vorbild wollen wir ein Stipendienprogramm für die Anerkennung
79 ausländischer Berufsqualifikationen aufbauen, um die Teilnahme an Anpassungs-
80 und Nachqualifizierungskursen, Zuschüssen für Lebenshaltungskosten während der
81 Prüfungs- und Nachqualifizierungszeiten oder Lernmittel-, Kurs- und
82 Prüfungsgebühren individuell fördern zu können.
83 Auf Landesebene muss die Bearbeitung von Anträgen zur Anerkennung und zur
84 Berufserlaubnis beschleunigt und besser aufeinander abgestimmt werden. Ein
85 Beispiel hierfür ist die Zulassung von Ärzt*innen aus Drittstaaten.
86 Die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) der Länder benötigt eine
87 auskömmliche Finanzierung, um eine zeitnahe Gutachtererstellung gewährleisten zu

88 können.

89 Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die Mitgliedstaaten sich
90 bei weiteren Ausbildungsgängen auf Mindestanforderungen zur Vergleichbarkeit
91 einigen und somit die Verfahren zur automatischen Anerkennung auf weitere Berufe
92 ausgeweitet werden können.

93 Dies unterstützt nicht nur die Möglichkeiten der Nachschulungen von
94 Geflüchteten, sondern macht das System variabler und entspricht den aktuellen
95 Bedürfnissen des Arbeitsmarkts.

96 Bei der formalen Anerkennung beruflicher Qualifikationen anhand von vorhandenen
97 Zeugnissen brauchen wir bundesweit einheitliche Standards.

98 5. Schulische Bildung

99 Viele Schulen sind nicht mehr in einem modernen Zustand, Räume für eine
100 angemessene Beschulung sind an einigen Standorten nicht in ausreichender Zahl
101 verfügbar. Viele Kommunen können die notwendigen Investitionen nicht selbständig
102 leisten, es braucht verstärkt das Land und den Bund mit einem
103 Investitionsprogramm Schule, um die Grundsubstanz unseres Lernens für die
104 Zukunft zu erneuern. Gleichzeitig müssen wir die DaZ-Klassen weiterhin gut
105 ausfinanzieren. Es braucht ausreichend Lehrpersonal, um eine gute Integration in
106 den Regelunterricht und die Einbindung von Schüler:innen in die Klassen- und
107 Schulgemeinschaft zu gewährleisten.

108 Wir setzen uns für eine Vereinfachung der Sprache von Prüfungen in Schule und
109 Ausbildung ein, von der alle Schüler*innen und Azubis profitieren werden. Wir
110 wollen außerdem erreichen, dass der Zugang zu einem Nachteilsausgleich
111 erleichtert wird.

112 6. Frühkindliche Bildung

113 In der frühkindlichen Bildung liegen hohe Potenzial der Integration. Junge
114 Menschen haben eine hohes Lernpotenzial im Bereich Sprache und lernen früh ein
115 breites Spektrum an gesellschaftlichen Kompetenzen. Dies gilt aber nicht nur für
116 Kinder von Migranten, sondern für alle Kinder in Deutschland. In den letzten
117 Jahren sehen Eltern viel zu häufig die Situation, dass Kita-Plätze nicht
118 ausreichend zur Verfügung stehen. Ein Konkurrenzkampf ist vielmals das Resultat
119 und leitet zu Neid gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Dieser
120 gesellschaftlichen Entwicklung muss vorgebeugt werden. Wir müssen vermehrt dafür
121 sorgen, dass die Kommunen ausreichend Kita-Plätze vor Ort haben - das bedarf
122 Neu- oder Anbau von Gebäudekapazitäten, aber auch eine ausreichende Anzahl an
123 Erzieher:innen. Wir sind hier auf einem guten Weg, müssen aber weit mit Druck
124 vorangehen, um im Bereich Kita im Sinne der Integration und Gleichberechtigung
125 der Mangelange entgegenzutreten.

126 7. Psychotherapeutische Versorgung

127 Traumatische Erlebnisse auf der Flucht oder auf Grund kriegerischer
128 Auseinandersetzungen im Heimatland sind bei vielen Teil ihrer Fluchtgeschichte.
129 Hinzu kommt die allgemeine Steigerung an psychischen Krankheiten, die besonders
130 seit der Corona-Pandemie angestiegen sind. Es ist also eine Aufgabe für unser
131 gesamtgesellschaftliches Zusammenleben, die psychotherapeutische Versorgung in
132 unserem Land auf den angewachsenen Bedarf auszuweiten und mehr kassenärztliche

133 Plätze zu schaffen.

134 Darüber hinaus brauchen wir pädagogische Fachkräfte, die sensibel und kompetent
135 mit belasteten Kindern umgehen und sie stärken können. Deshalb werden wir das
136 traumapädagogische Angebot TIK.SH für Kita, Grundschule und Förderzentren weiter
137 entwickeln und ausbauen.

138 8. Ärztliche Versorgung

139 Grundsätzlich ist festzustellen, dass wir in Deutschland eine gute ärztliche
140 Versorgung haben. Ausgerechnet die zahnmedizinische Versorgung zu
141 problematisieren ist reine Polemik. Klar zu beobachten ist allerdings eine
142 abnehmende Versorgung in ländlichen und eine Überversorgung in urbanen Gebieten.
143 Diesen Trend können wir nicht einfach hinnehmen, sondern wir müssen
144 gegensteuern, um die medizinische Grundversorgung sicherzustellen, indem wir die
145 Kommunen in der Einrichtung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren
146 helfen und strukturschwache Räume in der Bedarfsplanung vermehrt
147 berücksichtigen.

148 9. Kulturelle Integration

149 Kulturelle Integration im Kontext von Migration ist entscheidend für den
150 gesamtgesellschaftlichen Wandel, der durch die zunehmende Diversität geprägt
151 wird. Aktuelle Herausforderungen ergeben sich oft durch mangelnde Teilhabe von
152 Migrant:innen am gesellschaftlichen Leben, Sprachbarrieren und soziale
153 Segregation. Zudem sehen wir gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die die
154 Lehratmosphäre in einigen Schulen einschränken. Das Startchancenprogramm setzt
155 einen ersten Ansatz in der Lösung dieser Probleme. Weitergehend muss unser
156 Lösungsansatz in einer Förderung interkultureller Kompetenzen ab dem
157 Kindergartenalter liegen. Dazu gehören die frühzeitige Sprachförderung in
158 Kindergärten und Schulen, die Unterstützung von Lehrkräften durch ausreichende
159 Schulsozialarbeit und der Förderung interkultureller Programme durch die
160 Schulen, beispielsweise zur verstärkten Vermittlung gemeinsamer Werte.
161 Zur kulturellen Integration gehört zuvorderst die Integration in den
162 universalistischen Geist des Grundgesetzes und der Menschenrechte. Dazu gehören
163 ein Verständnis von und eine Identifikation mit Demokratie, Menschenrechten,
164 weltanschaulichem Pluralismus, Gleichstellung der Geschlechter und sexueller
165 Selbstbestimmung. Angebote der politischen und kulturellen Bildung, die diese
166 Werte zielgruppengerecht und alltagsnah vermitteln, sollen verstärkt gefördert
167 und möglichst universaler Bestandteil des Integrationsweges von Geflüchteten und
168 Migrant*innen werden - etwa durch den deutlichen qualitativen und quantitativen
169 Ausbau der entsprechenden Anteile in den Integrationskursen. Hierfür kann und
170 sollte sollte insbesondere auf die Kompetenzen von Menschenrechtsaktivist*innen
171 und -Expert*innen zurückgegriffen werden, die selbst aus den jeweiligen Regionen
172 kommen oder anderweitig eine kulturspezifische Vorbildung mitbringen. Um bereits
173 frühzeitig einen tiefgreifenden Austausch über diese sensiblen und komplizierten
174 Themen zu ermöglichen, braucht es zudem auch muttersprachliche Angebote und eine
175 Sensibilität für je nach Herkunftsregion unterschiedlich stark ausgeprägte
176 Problemschwerpunkte.

177 10. Stärkung des Ehrenamts

178 Viele Angebote der Inklusion, ob Sprachangebote, Willkommenscafé und Tafeln,
179 aber auch Sportvereine - all diese ehrenamtlichen Institutionen schaffen einen
180 wesentlichen Teil der deutschen Integrationsarbeit. Diese Angebote und die
181 Menschen dahinter sind an ihren Belastungsgrenzen. Zu hoch sind bspw.
182 bürokratische Hürden in der Beantragung von Förderungen, der Anschaffung von
183 Hilfsmitteln und dem Aufbau einer hauptamtlichen Struktur. Die Ehrenamtsangebote
184 brauchen mehr finanzielle Unterstützung und Hilfestellungen. Die Kreise und
185 große Städte sollen dafür eine hauptamtliche Stelle für Ehrenamtsmanagement
186 aufbauen, um durch Netzwerke, förderrechtlichen Hilfsangeboten und persönlicher
187 Beratung vor Ort die ehrenamtlichen Angebote zu stärken. Aber auch Migranten
188 sind willens, sich ehrenamtlich zu engagieren. Insbesondere bei Tafeln ist die
189 Integration von Migranten im Ehrenamt gelebte Praxis.

190 11. Finanzielle Ausstattung / Schuldenbremse

191 Es ist klar, durch Anerkennung der Probleme und der Verdeutlichung in der
192 Öffentlichkeit ist ein erster Schritt gemacht. Es braucht jedoch vor allem
193 finanzielle Mittel, um die Maßnahmen umzusetzen und gesamtgesellschaftlich einen
194 Schritt Richtung Zukunft zu gehen. Gleichzeitig erleben wir eine Debatte, bei
195 der die Schuldenbremse, die aus Sicht vieler Ökonom*innen reformbedürftig ist,
196 in einigen Parteien als Heiligtum unserer Verfassung hochgehalten und als
197 unveränderbar gehandelt wird, gleichzeitig aber das Grundrecht auf Asyl in Frage
198 gestellt und eine Verfassungsänderung als probates Mittel gehandelt wird. Für
199 uns ist klar, wenn wir über eine Verfassungsänderung reden, die die Probleme
200 unserer Gesellschaft lösen soll, dann muss dies die Reform der Schuldenbremse
201 hin zu einer investitionsoffenen, zukunftsgerichteten Schuldenregelung sein.

202 Mathias Schmitz, KV Pinneberg

203 Lukas Unger, KV Pinneberg

204 Ann Christin Hahn, KV Pinneberg

Unterstützer*innen

Jessica Leutert (KV Kiel); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Reinhard Junge (KV Plön); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Björn Radke (KV Segeberg); Britta Klingspor (KV Ostholstein); Sabine Loof (KV Pinneberg); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Birte Duggen (KV Lübeck); Malte Ranis (KV Kiel); Nadine Mai (KV Pinneberg); Askan Grimmelsmann (KV Neumünster)